

Gerd Stehr



Verantwortliche Zukunftsgestaltung

Plädoyer für Frieden und Überleben

Impressum

© 2025 Gerd Stehr

Druck:

Copy-Laden
Bahnhofstraße 36
24937 Flensburg

Printed in Germany

Inhalt

Es ist zwölf Uhr!.....	6
Globale Entwicklungen und Herausforderungen.....	8
Kombinierte Erklärungsansätze – nur kollektives Versagen?	11
Erklärungsversuch mit dem Akteurzentrierten und Governance-Ansatz.....	13
Zur weltpolitischen Lage	20
Lagebild Europa	23
Zur Rolle der Europäischen Union.....	25
Aktuelle Lage in Deutschland	33
Zukunftsgerichtete Orientierungen	38
Aufstand der Vernünftigen.....	46
Verantwortliche Zukunftspolitik	50
Fazit	54
Empfehlungen	55
Literaturverzeichnis.....	56

Es ist zwölf Uhr!

Der Club of Rome kritisierte bereits 1972 die von den wirtschaftlichen und politischen Vertretern der Industrienationen propagierte, unreflektierte Wachstumsideologie, die unterschiedliche Auswirkungen auf die Industrie- und Entwicklungsländer hatte. Sie führte mit zunehmender Globalisierung einerseits zu mehr Beschäftigung und Wohlstand in den Industrieländern und andererseits zu verheerenden Auswirkungen auf Ökologie, die Bevölkerungsentwicklungen, Arbeits- und Lebensbedingen in den meisten Entwicklungsländern.

Es wurden große Herausforderungen, die Big Challenges, formuliert, die das planetarische Leben in mehrfacher Hinsicht bedrohen:

- durch den Verbrauch endlicher Ressourcen, Umweltzerstörung und schädliche Immissionen
- der Klimawandel
- Überbevölkerung und Hunger
- Migrationen
- drohende Bürgerkriege und internationale Konflikte.

Die Autoren plädierten seinerzeit für eine weltweite Regulierung der Problementwicklungen, um das ökologische Gleichgewicht wieder herzustellen und dadurch die Lebensbedingungen der Menschheit zu sichern (Meadows et al. 1972), Der Club of Rome hat bis heute 53 Publikationen herausgebracht, in denen die seinerzeitigen Befunde bestätigt bzw. erweitert wurden (Meadows et al. 2016). Inzwischen sind vier der neun Kippunkte erreicht (John und Krissek 2025).

Gleichzeitig nahmen der Verbrauch nicht erneuerbaren Ressourcen, die Umweltzerstörung, die Umweltverschmutzung und die Übermüllung der Meere zu. Vielerorts sind AKW's marode und eine Gefahrenquelle (Bsp. Tschernobyl, Fukushima).

Das Problem der Entsorgung nuklearer Abfälle ist seit Jahrzehnten ungelöst. Die Gefahr biologisch und nuklear geführter militärischer Auseinandersetzungen und terroristischer Anschläge (Islamischer Staat u.a.) besteht in den letzten Jahren zunehmend. Zudem nahmen vor dem Hintergrund des Klimawandels, von Stammes- und Bürgerkriegen sowie wirtschaftlicher Not Migrantenströme zu. Derzeit sind über 66 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht und suchen Überlebenschancen in westlichen Industrieländern.

Wie kann es angesichts dessen sein, dass die "Karawanen der Blinden" weiterzieht (Gruhl 1990, 227 ff.) ? Warum ist es verantwortungs- und rücksichtslosen "Raubtiere(n)" weiterhin möglich, die mittlerweile unumkehrbar erscheinende Zerstörung des Planeten Erde zu betreiben (Empoli 2025)?

Der Reader soll nach einem Spotlight auf die derzeitige Weltlage einen Übersichtsversuch liefern, herrschende Politik analysieren und Anregungen für politisches Handeln geben. Durch Literaturstudium, KI-gestützte Internetrecherche und vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen werden Hoffnung vermittelnde Antworten versucht.

Globale Entwicklungen und Herausforderungen

Die derzeitigen globalen Entwicklungen im Jahr 2025 zeigen eine Vielzahl von vielschichtigen Herausforderungen auf, die nahezu alle Bereiche des internationalen Zusammenlebens betreffen. Nachstehend erfolgt ein Überblick über die wichtigsten Herausforderungen und die daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten basierend auf aktuellen Berichten, internationalen Analysen und eigenen Inhalten.

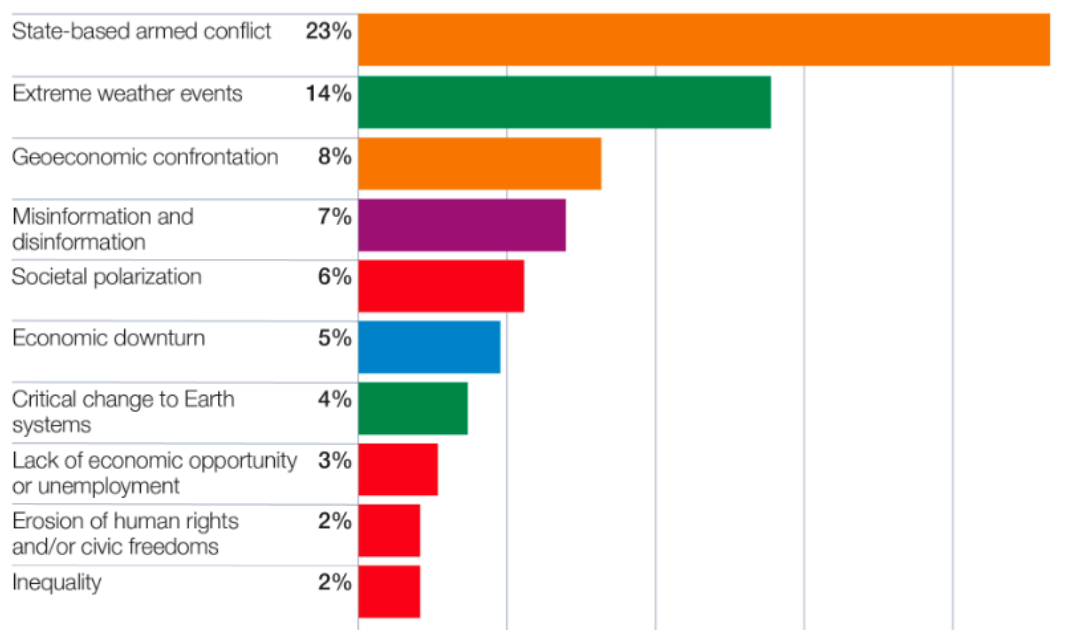
Global Risks Report 2025

Current Risk Landscape



Please select one risk that you believe is most likely to present a material crisis on a global scale in 2025.

Top 10 risks selected by respondents (Share of respondents %)



Risk categories: Economic (blue), Environmental (green), Geopolitical (orange), Societal (red), Technological (purple)

Source: World Economic Forum, Global Risks Perception Survey 2024-2025

Abbildung 1: Aktuelle Risikolage des World Economic Forum

1. Bewaffnete Konflikte und geopolitische Spannungen

- Krisenherde: Ukraine, Nahost, Sudan, Myanmar, Syrien, Somalia, Gaza und weitere Regionen erleben anhaltende oder eskalierende Konflikte.
- Multipolarität: Die Rivalität zwischen den USA, China, Russland und aufstrebenden Mächten wie Indien und Brasilien prägt die Weltordnung. Die Gefahr von Stellvertreterkriegen und Blockbildungen wächst.
- Handlungsnotwendigkeit: Stärkung der internationalen Diplomatie, Reform multilateraler Institutionen (z.B. UNO, Sicherheitsrat), Ausbau von Krisenprävention und Konfliktmediation.

2. Umweltrisiken und Klimawandel

- Extreme Wetterereignisse: Zunahme von Hurrikans, Dürren, Überschwemmungen und Waldbränden.
- Biodiversitätsverlust und Ökosystemkollaps: Kritische Veränderungen der Erdsysteme und Ressourcenknappheit bedrohen Lebensgrundlagen.
- Handlungsnotwendigkeit: Globale Klimapolitik stärken, Emissionen reduzieren, Anpassungsstrategien fördern, internationale Klimaabkommen konsequent umsetzen.

3. Desinformation und gesellschaftliche Polarisierung

- Fehl- und Desinformation: Digitale Falschinformationen untergraben das Vertrauen in Regierungen und Institutionen, fördern Instabilität und erschweren internationale Zusammenarbeit.
- Polarisierung: Gesellschaftliche Spaltungen nehmen zu, was die Handlungsfähigkeit von Demokratien schwächt.
- Handlungsnotwendigkeit: Stärkung von Medienkompetenz, Regulierung von Plattformen, internationale Kooperation gegen Cyberangriffe und Desinformationskampagnen.

4. Humanitäre Krisen und Migration

- Humanitäre Notlagen: Über 300 Millionen Menschen sind weltweit auf Hilfe angewiesen, vor allem in Konfliktregionen.
- Migration: Fluchtbewegungen nehmen zu, ausgelöst durch Krieg, Armut und Klimawandel.
- Handlungsnotwendigkeit: Ausbau humanitärer Hilfe, gerechte Lastenteilung, Entwicklung langfristiger Lösungen für Fluchtursachen und Integration.

5. Wirtschaftliche Unsicherheit und Ungleichheit

Geoökonomische Konflikte: Handelskriege, Sanktionen und Lieferkettenprobleme belasten die Weltwirtschaft.

Ungleichheit: Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, sowohl innerhalb von Staaten als auch global.

Handlungsnotwendigkeit: Reform der internationalen Wirtschaftsordnung, Förderung nachhaltiger Entwicklung, Stärkung sozialer Sicherungssysteme.

6. Technologische Transformation

Künstliche Intelligenz (KI): Chancen und Risiken durch Automatisierung, ethische und rechtliche Fragen, Bedrohung von Arbeitsplätzen.

Cybersicherheit: Zunehmende Bedrohung durch Cyberangriffe und digitale Erpressung.

Handlungsnotwendigkeit: Entwicklung internationaler Standards für KI und Digitalisierung, Investitionen in Bildung und Forschung, Schutz kritischer Infrastrukturen.

7. Reformbedarf internationaler Institutionen

UNO: Finanzielle Engpässe, politische Blockaden (z.B. Vetorecht im Sicherheitsrat), mangelnde Repräsentation und Effizienzprobleme.

Handlungsnotwendigkeit: Erweiterung und Reform des Sicherheitsrats, Effizienzsteigerung, Stärkung der Menschenrechte, neue Finanzierungsmodelle.

Fazit:

Die Welt steht 2025 vor einer Vielzahl miteinander verflochtener Krisen. Die Handlungsnotwendigkeiten reichen von der Stärkung multilateraler Zusammenarbeit, über die Reform internationaler Organisationen, bis hin zu entschlossenem Klimaschutz, Regulierung neuer Technologien und der Bekämpfung von Desinformation. Ohne koordinierte, mutige und innovative Politik drohen weitere Instabilität und Rückschritte bei Frieden, Wohlstand und Nachhaltigkeit.

Quelle: WEF_Global_Risks_Report_Press_Release_2025_GER.pdf ; abgerufen am 05.11.2025

Kombinierte Erklärungsansätze – nur kollektives Versagen?

Die planetarischen Entwicklungen lassen sich am besten durch eine Kombination verschiedener Ansätze erklären:

- Die systemische Verflechtung von Ökonomie, Politik, Gesellschaft und Ökologie (Systemtheorie).
- Die Rolle von Macht, Herrschaft und Kapitalismus (Kritische Theorie/Neomarxismus).
- Die strukturellen Zwänge und Rivalitäten im internationalen System (Realismus).
- Die Bedeutung von internationalen Institutionen und Normen (Liberalismus/Kosmopolitismus).
- Die wachsende Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und neuen Governance-Formen.

1. Systemtheoretischer und global-governance Ansatz

- Systemtheorie (z.B. Niklas Luhmann): Die Weltgesellschaft ist ein komplexes, vielfach vernetztes System, in dem ökologische, ökonomische, politische und soziale Subsysteme miteinander interagieren. Krisen entstehen, wenn die Steuerungsfähigkeit der Politik gegenüber globalen Herausforderungen wie Klimawandel oder Migration an ihre Grenzen stößt.
- Global Governance: Die planetarischen Probleme überschreiten nationale Grenzen und können nicht mehr von Einzelstaaten gelöst werden. Es braucht internationale Kooperation, multilaterale Institutionen (wie die UNO, EU, Weltbank) und neue Formen der Steuerung, um globale Risiken zu managen. Das Dokument betont die Notwendigkeit von Reformen internationaler Institutionen und multilateraler Zusammenarbeit.

2. Kritische Theorie und Neomarxismus

- Kritische Theorie (Frankfurter Schule, Habermas): Die gegenwärtigen Krisen werden als Folge von Herrschaftsverhältnissen, Machtkonzentration und

kapitalistischer Produktionsweise verstanden. Die „Wachstumsideologie“ und der Neoliberalismus führen zu Ausbeutung von Mensch und Natur, sozialer Spaltung und Demokratiekrise.

- Neomarxistische Ansätze: Im Dokument wird auf Autoren wie Woods/Grant verwiesen, die argumentieren, dass der Kapitalismus systematisch ökologische und soziale Krisen produziert und eine sozialistische Transformation notwendig sei, um die Produktivkräfte im Sinne von Mensch und Natur einzusetzen.

3. Realismus und Neorealismus (internationale Beziehungen)

- Realismus: Staaten handeln primär nach Eigeninteresse und Machtmaximierung. Globale Konflikte, Rüstungswettläufe und geopolitische Spannungen (z.B. USA vs. China/Russland) werden als Ausdruck eines anarchischen internationalen Systems verstanden.
- Neorealismus (Waltz): Die Struktur des internationalen Systems (Multipolarität, Blockbildung) erklärt die Instabilität und die Unfähigkeit, globale Probleme kollektiv zu lösen. Das Dokument beschreibt die Rivalität zwischen Großmächten und die Gefahr von Stellvertreterkriegen.

4. Liberale und kosmopolitische Ansätze

- Liberalismus: Betonung von internationalen Institutionen, Recht und Kooperation. Fortschritt ist möglich durch Demokratie, Handel und internationale Abkommen (z.B. SDGs, Pariser Klimaabkommen).
- Kosmopolitismus (z.B. David Held): Globale Gerechtigkeit und Menschenrechte stehen im Mittelpunkt. Die Agenda 2030 und die SDGs werden als normative Leitplanken für eine nachhaltige Entwicklung gesehen.

5. Akteurzentrierte und Governance-Ansätze

- Akteurzentrierte Ansätze: Die Rolle von Eliten, Populisten, Medienkonzernen und Superreichen wird hervorgehoben. Politische und wirtschaftliche Machtkonzentration behindert nachhaltige Lösungen und fördert Desinformation, Polarisierung und Lobbyismus.
- Governance: Neue Steuerungsformen (z.B. Multi-Stakeholder-Partnerschaften, NGOs, soziale Bewegungen wie Fridays for Future) gewinnen an Bedeutung, um gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen.

Erklärungsversuch mit dem Akteurzentrierten und Governance-Ansatz

Aus der selektiven Perspektive dieses Ansatzes wird der Blick auf die mächtigen Akteurkonstellationen in der gegenwärtigen Politik, auf die herrschenden Staatsführer gerichtet, da mit (Schubert und Bandelow 2014) davon ausgegangen wird, dass Politik von Menschen gemacht wird.

Betrachtet man grundsätzlich Führertypen, so kann In Anlehnung an Hauser in politische bzw. geistliche Machtführer in Demokratien und in Diktaturen differenziert werden (Hauser und Hauser 1971). Diese bestimmen maßgeblich und entscheidend die Politikprozesse in den internationalen und nationalen Politikarenen. Ihre Handlungsorientierungen und ihr Tun bzw. Lassen erklären die vorgenannten Entwicklungen und vielfältigen Problemlagen.

Eine realitätsbezogene Betrachtung zeigt auf, dass In letzter Zeit in mehreren Staaten, besonders in den Demokratien der westlichen Welt¹ Wahlen erfolgten, in denen Personen als oberste Führer gewählt wurden, bei denen trotz vorgegebener Gemeinwohl-Orientierung die Realisierung von individuellen Machtbedürfnissen, die persönliche Bereicherung und die Begünstigung von Profitinteressen von Superreichen und Konzernen im Vordergrund stehen (z.B. in den USA Trump, Musk und andere). Viele streben faktisch den Wandel in eine autoritäre Herrschaftsform an (Demokratieabbau, Beschränkung der Arbeitnehmerrechte, Vereinnahmung der Medien sowie Justiz und Manipulation der Kultur). Kritiker ordnen dies als Gang in die Ideokratie (Herrschaft der Dummen über die Klugen)² bzw. in den Totalitarismus ein³. Zugespitzt formuliert: Es steht nicht mehr und nicht weniger als der Fortbestand westlicher Demokratien, ja von Demokratien insgesamt, in Frage.

¹ Siehe [Westliche Welt – Wikipedia](#) ; abgerufen 26.12.2024

² Ideokratie (ein Portmanteau-Wort, das "Ideologie" und Kratos kombiniert, griechisch für "Macht"); ist "Staatsführung nach den Prinzipien einer bestimmten (politischen) Ideologie; ein Staat oder ein Land, das auf diese Weise regiert wird". de.knowledgr.com/19083095/Ideokratie; abgerufen 26.12.2024

³ Siehe vertiefend Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung 2018.

In den autoritären Einparteiensystemen (Diktaturen in Russland, China, Nordkorea) existiert zwar ein Wahlrecht und die jeweilige Bevölkerung wählte ihre Herrscher als Staatspräsidenten: Putin in Russland Putin, Xi Jinping in China , Kim Jong-un Nordkorea und andere, die hier nicht aufgezählt werden. Diese Wahlen werden oft als Scheinwahlen bezeichnet, die dazu dienen, die Herrschaft des Diktators zu legitimieren und den Anschein von Demokratie zu wahren. Diese Wahlen sind in der Regel manipuliert und oppositionelle Kandidaten werden ausgeschlossen oder unterdrückt.

In den islamistischen Nationen finden in der Regel keine allgemeinen Wahlen statt und werden politischen Führer durch Expertenräte bestimmt. Ayatollah Ali Khamenei zum Beispiel wurde 1989 vom Expertenrat, einem Gremium von 88 islamischen Gelehrten, zum Obersten Führer des Iran ernannt. Der Expertenrat hat die Aufgabe, den Obersten Führer zu wählen und zu überwachen.

Einige islamistische Gruppen, wie der "Islamische Staat" (IS), haben durch Gewalt und Terrorismus versucht, ihre Ziele zu erreichen⁴. Andere, wie die Muslimbruderschaft, verfolgen eher legalistische und politische Wege, um Einfluss zu gewinnen. Die weltpolitische Einordnung dieser Nationen und Gruppen hängt stark von ihren spezifischen Ideologien, Zielen und Methoden ab. Während einige als Bedrohung für die internationale Sicherheit angesehen werden, gibt es auch Bewegungen, die innerhalb bestehender politischer Systeme arbeiten und versuchen, ihre Visionen durch politische Prozesse zu verwirklichen⁵. Ihre religiösen Führer und Machthaber streben in der Regel danach, ihre politischen und gesellschaftlichen Strukturen auf der Grundlage islamischer Prinzipien und Gesetze zu gestalten. Dies kann von moderaten bis hin zu extremistischen Ansätzen reichen.

Folgt man Sandel, so wanken in verschiedenen Ländern und in den USA gegenwärtig die demokratischen Ideale. Er fragte, „ob wir sie zu Hause verloren haben“. Das öffentliche

⁴ Siehe [Ideologie, Gruppen und Strömungen | Islamismus | bpb.de](#) , und [WD-2-005-16-pdf.pdf](#), abgerufen 11.01.2025;

⁵ Siehe [Islamismus – Wikipedia](#) , abgerufen 11.01.2025

Leben sei von Unzufriedenheit geprägt. Die Amerikaner glaubten nicht, dass sie bei der Art, in der sie regiert werden, viel mitzureden hätten. Sie trauten der Regierung „nicht zu, dass sie das Richtige tut. Das Vertrauen in unsere Mitbürger nimmt immer schneller ab.

“Sandel tastet den in der Gegenwart schwächer werdenden Puls der Demokratie ab. Wir stehen vor der grundlegenden Frage, ob Kapitalismus und Demokratie zusammengehen. Zwei Faktoren spielen hierbei eine entscheidende Rolle: Zum einen sind unsere Gesellschaften so gespalten wie nie zuvor. Befeuert durch die sozialen Medien treiben uns rassistische Ausschreitungen, Populismus, soziale Ungleichheit und die Auswirkungen der Corona-Pandemie in die Vereinzelung. Zum anderen hat eine global ausgerichtete, national nicht mehr zu regulierende Wirtschaft der Politik den Rang abgelaufen. Seit 40 Jahren macht der Neoliberalismus aus Bürger_innen Gewinner bzw. Verlierer des globalen Kapitalismus – mit verheerenden Folgen für unsere Demokratie. Der Verlust der Selbstbestimmung und die Erosion der Gemeinschaft sind die definierenden Ängste unseres Zeitalters. Diese werden von der aktuell vorherrschenden Agenda – zumindest bisher – nicht beantwortet.”⁶

Inzwischen seien die politischen Parteien unfähig, unseren Verhältnissen einen Sinn zu geben.“ (Sandel 2023, S. 27). „Zeiten der Angst erfordern eine gewisse Klarheit. Sie bringen Grundprinzipien zwangsläufig an die Oberfläche und bieten eine Chance für kritische Reflexion.“ Eine (schwer fassbare) Philosophie des Öffentlichen bilde „den oft unbedachten Hintergrund für unseren politischen Diskurs und unsere Zwecke.“ (Sandel 2023, S. 28)

Ähnliche Entwicklungen vollziehen sich auch in Europa. Sie haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Nationalstaaten. In einigen von ihnen entstanden europaskeptische und demokratiefeindliche Gruppierungen in den politischen Parteien (z. B. Conservative Party in GB, Front National in F, Partei für die Freiheit in NL, Lega Nord in I) und neue politische Parteien (z. B. Alternative für Deutschland in D, Fünf-Sterne-Bewegung in I).

In einigen Mitgliedsstaaten der EU entwickelten sich unter der Führerschaft rechtskonservativer Politiker⁷ autoritäre Herrschaftsformen und Machtstrukturen (z.B.

⁶ Siehe [Michael Sandel \(2023\): Das Unbehagen in der Demokratie](#) ; abgerufen am 02.03.2025

⁷ Diese können mit Hauser/Hauser als paternalistische bzw. diktatorische Paternalisten bezeichnet werden. Hauser/Hauser unterscheiden mit dem Paternalismus-Konzept zwei Arten von Machtstrukturen: den autoritären und den diktatorischen Paternalismus.

Niederlande). Als „falsche Führer“ manipulieren sie Massen und realisieren teils autoritäre Regime (aktuell z. B. Orban in Ungarn). Es gelang ihnen, mit populistischen Kommunikationsstrategien in Parlamente gewählt zu werden und ansatzweise ihre rückwärtsgewandte, gesellschaftsspalterische und manipulative Politik zu verwirklichen.

Hausers sprechen von „sozial unterentwickelten Menschen, die blindlings auf Kosten der Gruppe ihrem eigenen Vorteil nachjagen“ (Hauser und Hauser 1971, 50ff). Sie setzen aus egoistischen und finanziellen Motiven sowie Machterhaltungsgründen ihre zerstörerischen Handlungen fort, wenn ihnen nicht entsprechend Einhalt geboten wird. Dabei haben es die „Autoritäten (...) immer in ihrem Interesse verstanden, die Massen in einem Zustand von geringsten Kenntnissen und von geringster Organisation zu halten.“ (Hauser und Hauser 1971, S. 25).

Einblicke in die aktuellen Politiklandschaften und das politische Führungspersonal verdeutlichen, dass es an Persönlichkeiten mit den Herausforderungen angemessenem Verantwortungsbewusstsein mangelt. Wirtschaftsführer und Politiker mit Visionen, konkreten Utopien und pragmatischer Politikgestaltungskompetenz sind in der Minderzahl. Befähigte haben in der politischen Praxis – hier in Deutschland – Schwierigkeiten, ihre Grundwerte, Überzeugungen und konkreten Vorstellungen überzeugend politisch kommunizieren und in den gestaltenden Politikprozess einbringen zu können⁸.

„Im autoritären Paternalismus erteilen die Oberväter bestimmten Untertanen Vollmachten, ja sie dürfen sogar Meinungsverschiedenheiten äußern, solange es klar ist, dass die Oberväter die wirkliche Macht ausüben und die letzten Entscheidungen fällen und niemand sonst. Macht dieser Art steigt den Führern diktatorischer und autoritärer Gruppen oft zu Kopf. Ein anfangs vernünftiger oder gutwilliger Tyrann kann am Ende einen solchen Machtwahn bekommen, daß er seine eigenen Kinder umbringt (oder seine vertrautesten Mitarbeiter – eine Königskrankheit quer durch die Geschichte – Stalin, Caligula, Nero).“ (Hauser und Hauser 1971, 26f) .

Beim diktatorischen Paternalismus ginge „alle Macht von einem Mann an der Spitze aus“. Hitler und Mussolini seien diktatorische Paternalisten gewesen, die niemandem gestattet hätten, „ihre Macht in Frage zu stellen oder an ihr teilzunehmen. Jede Entscheidung hing von ihrer jeweiligen Laune ab und mußte genauestens ausgeführt werden.“ (Ebd.: 26).

⁸ Siehe zum Beispiel den deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck. Er ist nahbar und wird für seine Transparenz gelobt, da er oft umgangssprachlich und metaphorisch spricht, was komplexe politische

Hinzu kommen vor dem Hintergrund der Digitalisierung und dem Aufstieg mehrerer Medienkonzerne Einflussnahmen auf die öffentliche Meinung und Politik. Dies ist seit längerem Thema in der Forschung und Politik. In der Aktivismus- und Propagandaforschung, in der diverse Autoren Beiträge zum Thema gegenwärtiger „digitaler“ Propaganda lieferten und aus der „Sorge vor Manipulation fragmentierter Internet-„Massen“ und um die mediendemokratisch fundamentale Möglichkeit des vertrauensvollen Austausches im Netz kritisieren (Sachs-Hombach und Zywiets 2018).

Wie sieht es angesichts dessen mit der Herrschaft und politischen Kontrolle der Medienkonzerne (GAFA)⁹, der „großen Vier“, aus?

*“Internetgiganten wie Google, Facebook oder Amazon sind allgegenwärtig im täglichen Leben und auch in den Schlagzeilen. Sie werden als Motor von technologischen Entwicklungen mit großer Reichweite (Gamechanger) gesehen. Gleichzeitig wird ihnen vorgeworfen, BAAD (big, anti-competitive, addictive and destructive to democracy), also schlecht, weil groß, wettbewerbsverhindernd, süchtig machend und demokratiezerstörend zu sein. Welche Regulierung braucht es, damit der versprochene Nutzen für alle wirklich entsteht? (...) Die Debatte betrifft immer deutlicher grundlegende Probleme der Marktwirtschaft und reicht von Formen der Ungleichheit, Einkommen und Vermögen über die sich abzeichnende Reduktion ökonomischer Mobilität und Chancen bis zum Neu- und Wiederaufstieg konzentrierter privater Macht in Form von Too-big-to-fail-Finanzkonzernen („zu groß, um zu scheitern“) und Quasi- Monopolen der Internetwirtschaft. (...) Analog zu der Marktkritik des Progressiven Zeitalters ist es hilfreich, Probleme des Marktes nicht als Effizienz- oder Allokationsprobleme, sondern als solche der Machtkonzentration und Herrschaft zu begreifen. Wenn im Zusammenhang mit dem Markt (oder Plattform) nicht mehr von einem Naturgesetz oder einer neutralen Technologie, sondern einem sozialen und politischen Konstrukt, basierend auf Eigentums- und Vertragsrecht, ausgegangen wird, wird klar, dass das Problem der privaten Machtkonzentration keines ist, welches sich auf Monopole alleine beschränkt. Der häufig auf der Ausnutzung einer solchen marktbeherrschenden Stellung aufbauende kartellrechtliche Zugang zur gegenwärtigen Kontrolle privater Macht ist daher zu eng und muss um Strategien des Datenschutzes, der Medienvielfalt und eines öffentlichen Infrastrukturkonzeptes erweitert werden.“*¹⁰

Kurzlink: <https://www.labournet.de/?p=136527> abgerufen: 30.03.2020

Themen für viele Menschen zugänglicher macht. Seine offene Art der Kommunikation führt aber auch zu Missverständnissen und erhöht das Risiko von Fehlern. Ein Beispiel dafür ist seine Kritik an der Debatte um seinen unspezifischen Vorschlag zu Sozialbeiträgen auf Kapitaleinkünfte, was zu Verwirrung und Detailkritik führte. Diese Diskussionen verhindern oft, dass die großen politischen Fragen auf die Agenda kommen.

⁹ GAFA steht für Google, Amazon, Facebook und Apple.

¹⁰ Beitrag von Fridolin Herkommer und Christa Schlager vom 21. August 2018 beim A&W Blog 

Wie uns Google, Facebook & Co. beherrschen verdeutlichte unter anderen (Precht 2018a). Superreiche Akteure besitzen oder kontrollieren bedeutende Medienunternehmen. Beispiele hierfür sind Jeff Bezos, der die Washington Post besitzt, und Elon Musk, der die Plattform X (ehemals Twitter) kontrolliert. Diese geben ihnen die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen zu fördern, Politik und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die großen Techkonzerne verfolgen politische Ziele, die auf Machterhalt, Einflussnahme und die Gestaltung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen abzielen. Ihr Einfluss reicht von Lobbyarbeit über Medienmacht bis hin zu geopolitischen Interventionen. Es geht um die Herstellung von Marktdominanz und die Vermeidung von Regulierung. Sie dominieren globale Märkte und bedrohen Wettbewerb, Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt.

Gleichwohl engagieren sich superreiche Konzernlenker in philanthropischen Aktivitäten, um ihren Einfluss zu erweitern und ihre Visionen für die Welt zu verwirklichen. Bill Gates und seine Stiftung sind ein prominentes Beispiel dafür, wie Reichtum genutzt werden kann, um globale Gesundheits- und Bildungsinitiativen zu fördern | Liste der Top 1.000]¹¹.

Diese Aspekte zeigen, wie eine nicht kleine Zahl der reichsten Menschen der Welt und ihre Konzerne ihre Macht und ihren Einfluss nutzen, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen und die Welt nach ihren Vorstellungen zu gestalten versuchen. Da ihnen oftmals von herrschender Politik keine rechtzeitigen Grenzen gesetzt werden, entwickeln sie einigen Fällen Größenwahn, und Weltbeherrschungsvorstellungen. Sie tragen zur Initiierung von ethnischen, sozialen, kulturellen und militärischen Konflikten bei, polarisieren und verursachen Chaos und Verelendung (Beispiel Elon Musk).

Es ist inzwischen überdeutlich, wie gesellschaftlich und politisch problematisch die genannten Entwicklungen sind. Eine besondere Rolle spielen dabei autokratische und mediale Führer, die die Medien für ihre Ziele und Zwecke nutzen (Cyber War,

¹¹ Quelle: (<https://www.vermoeegenmagazin.de/reichste-menschen-der-welt/>).

Privatisierung, Social Media, Plattform X mit den politischen Einmischungen von Elon Musk u.a.m.). Die Informationsverfälschungen (z.B. Trumps alternative Fakten) und damit verbundenen Manipulationen haben fatale Wirkungen, weil sie zur Desinformation, Irritationen, gesellschaftlichen Spaltungen und zunehmenden politischen Spannungen führen. Sie bedürfen erheblicher politischer Einhegung und Regulierung auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene (Machill 2005; Emmer und Strippel 2015; Prinzing et al. 2024). Die Debatte um Regulierung, Zerschlagung und demokratische Kontrolle ist aktueller denn je.

Oxfam, eine der weltweit größten Nothilfe- und Entwicklungsorganisationen¹², konstatierte im aktuellen Bericht:

“Den Angaben zufolge gibt es weltweit inzwischen 2.769 Milliardärinnen und Milliardäre - allein im vergangenen Jahr kamen 204 neu dazu. Gleichzeitig stagniere die Zahl der Menschen, die unter der erweiterten Armutsgrenze der Weltbank lebten, und die Zahl hungernder Menschen steige.”

Wieviel Positives könnten die Superreichen und die reichsten Nationen der Erde als Gebergemeinschaften im Hinblick auf Klimawandel, Gesundheit, Frieden, Weiterentwicklung nützlicher Infrastrukturen, Gemeinwirtschaft, Abbau von Arbeitslosigkeit und Armut sowie sozialer Ungleichheit bewirken?

Eine Vielzahl von Millionären hat beim traditionellen Treffen in Davos mehr Steuern für Superreiche gefordert¹³. Es ist zu hoffen, dass es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern in den jeweiligen Nationalstaaten aufgegriffen und steuerlich realisiert werden. Möge dies gesellschaftlich und politisch nachdrücklich beansprucht und von ihnen mit den VN und den einzelnen Nationalstaaten umgesetzt werden.

¹² Siehe [Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen | Oxfam Deutschland](#) ; abgerufen 1.10.2025

¹³ ([Davos: Hunderte Millionäre fordern mehr Steuern für Superreiche | tagesschau.de](#) ; abgerufen 1.10.2025)

Zur weltpolitischen Lage

Die Vereinten Nationen (VN) sind seit ihrer Gründung im Jahr 1945 das zentrale Forum für internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung. Angesichts zahlreicher globaler Krisen – von bewaffneten Konflikten über Naturkatastrophen bis hin zu Herausforderungen wie Klimawandel und Migration – stehen die VN heute mehr denn je im Fokus der Weltöffentlichkeit. Doch die Organisation stößt zunehmend an ihre Grenzen: Finanzielle Engpässe, politische Blockaden und strukturelle Schwächen erschweren eine wirksame Lösung vieler Probleme. Es sind umfassende Reformen dringend notwendig, um die Handlungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der VN zu sichern.

Aktuelle Lage der Vereinten Nationen

Krisen und Herausforderungen: Die VN steht aktuell vor enormen Herausforderungen, darunter schwere humanitäre Krisen wie im Sudan, Naturkatastrophen (z.B. Hurrikan Melissa in der Karibik), anhaltende Konflikte (Nahost, Ukraine, Sudan) und globale Probleme wie Hunger, Klimawandel und Migration. Die Organisation ist oft in Krisenregionen präsent, stößt aber zunehmend an ihre Grenzen, etwa durch Unterfinanzierung und politische Blockaden.

Finanzielle und strukturelle Probleme: Die VN leidet unter einem massiven Finanzloch, das durch Zahlungsrückstände wichtiger Mitgliedsstaaten (USA, China) und Kürzungen bei freiwilligen Beiträgen entstanden ist. Das zwingt die Organisation zu drastischen Sparmaßnahmen und einer grundlegenden Reform ihrer Strukturen.

Politische Blockaden: Besonders der Sicherheitsrat ist häufig handlungsunfähig, da das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) wichtige Entscheidungen blockiert. Das führt zu Kritik an der Effektivität der UNO in aktuellen Konflikten.

Kritikpunkte

- Dysfunktionale Entscheidungsstrukturen: Besonders das Vetorecht im Sicherheitsrat verhindert oft wirksame Maßnahmen.
- Fragmentierung und Komplexität: Die Vielzahl von Unterorganisationen und Programmen erschwert die Koordination und Steuerung.
- Unterfinanzierung: Viele Programme sind chronisch unterfinanziert, was die Handlungsfähigkeit einschränkt.
- Mangelnde Repräsentation: Viele Staaten fühlen sich im Sicherheitsrat und anderen Gremien nicht ausreichend vertreten.

Reformbedarf und Reformvorschläge

1. Erweiterung und Reform des Sicherheitsrats

- Der Sicherheitsrat gilt als nicht mehr zeitgemäß und repräsentiert die geopolitische Realität nicht ausreichend. Eine Erweiterung der Mitgliederzahl und eine Reform des Vetorechts werden seit Jahren diskutiert, sind aber politisch schwer durchsetzbar.

2. Effizienzsteigerung und Strukturreform

- Die UNO soll effizienter und flexibler werden. Dazu gehören die Zusammenlegung von Organisationen, die Reduzierung von Verwaltungskosten und die Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen. Tausende Arbeitsplätze könnten verlagert oder gestrichen werden.

3. Stärkung der Menschenrechte

- Die Schaffung eines neuen Menschenrechtsrats mit erweiterten Befugnissen soll die Überwachung und Durchsetzung von Menschenrechten verbessern.

4. Mehr Kompetenzen für den Generalsekretär

- Der Generalsekretär soll mehr Entscheidungsbefugnisse bei Personal- und Haushaltsfragen erhalten, um die Organisation effizienter zu führen.

5. Anpassung an globale Herausforderungen

- Die UNO muss sich an neue globale Realitäten wie Terrorismus, Umweltverschmutzung, Digitalisierung und Globalisierung anpassen. Das erfordert eine Modernisierung der Organe und eine stärkere weltweite Ordnungspolitik.

6. Finanzierung und Zahlungsfähigkeit

- Die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit ist ein zentrales Thema. Ein revolvingender Kreditfonds und neue Finanzierungsmodelle werden diskutiert.

Fazit:

Die Vereinten Nationen sind trotz aller Kritik und struktureller Probleme weiterhin unverzichtbar für die internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung. Die Reformdebatte ist jedoch dringender denn je, um die Organisation zukunftsfähig zu machen und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern.

Quelle: Abfrage im MSN-Copilot; abgerufen am 5.11.2025

Lagebild Europa

Europa steht derzeit vor einer komplexen Lage: geopolitische Spannungen, wirtschaftliche Unsicherheiten und sicherheitspolitische Herausforderungen prägen die Agenda. Besonders im Fokus stehen der Ukraine-Krieg, die EU-Erweiterung und die strategische Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen.

Sicherheitspolitische Lage

- Russische Provokationen nehmen zu: Verletzungen des NATO-Luftraums durch russische Drohnen und Jets in Polen, Estland, Rumänien und Skandinavien haben die Alarmbereitschaft erhöht [taz.de](https://www.taz.de).
- NATO reagiert mit Artikel-4-Konsultationen: Zwei Treffen in kurzer Zeit zeigen die wachsende Sorge um die territoriale Integrität der Mitgliedsstaaten [taz.de](https://www.taz.de).
- EU plant Drohnenabwehrmaßnahmen: Die Initiative „Eastern Flank Watch“ soll einen Drohnenwall entlang der östlichen EU-Grenzen etablieren austria.representation.ec.europa.eu.
- FES Security Radar 2025: Die Bevölkerung in Europa sieht neue Kriege als realistische Bedrohung. Das Vertrauen in multilaterale Institutionen ist gespalten [Friedrich-Ebert-Stiftung](https://www.friedrich-ebert-stiftung.org).

Geopolitik und EU-Erweiterung

- Ukraine und Moldau im Fokus: Präsident Selenskyj betont beim Euronews-Gipfel die EU-Integration als strategisches Ziel der Ukraine [Euronews Deutsch](https://www.euronews.com/deutsch).
- EU-Erweiterungspaket 2025: Montenegro gilt als am besten vorbereitet für den Beitritt. Serbien und Georgien hingegen stagnieren aufgrund autoritärer Tendenzen [DW](https://www.dw.com).
- Politische Symbolik: Der Rückzug einer US-Brigade aus Rumänien wird als Zeichen einer strategischen Neuausrichtung der USA gewertet [Yahoo Nachrichten DE](https://www.yahoo.com/news).

Wirtschaftliche Entwicklungen

- Binnenwirtschaftliche Stabilisierung: Deutschland erwartet für 2025 ein leichtes Wachstum von 0,2 %, getragen von Konsum und Investitionen [bundeswirtschaftsministerium.de](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de).
- Globale Unsicherheiten belasten Außenhandel: US-Zölle und geopolitische Spannungen dämpfen die Exportdynamik, besonders in der Industrie [FERI](https://www.feri.eu).

- EZB senkt Zinsen: Die Inflation ist unter Kontrolle, was geldpolitischen Spielraum schafft. Dennoch bleibt Europas Wachstumspotenzial begrenzt [FERI](#).

Ukraine-Krieg und Energiekrise

- Russland intensiviert Angriffe: Ziel sind vor allem die ukrainische Energieinfrastruktur. Stromausfälle und zivile Opfer nehmen zu [Notizie.it](#).
- Internationale Unterstützung bleibt hoch: NATO und EU bekräftigen ihre Hilfe für die Ukraine, auch mit Blick auf den Winter und die Energieversorgung [Notizie.it](#).

Zur Rolle der Europäischen Union

Die Europäische Union ist ein supranationaler Akteur, der Rahmenbedingungen für Umweltschutz, Klimapolitik, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit setzt. Viele politische Entscheidungen werden heute auf europäischer Ebene getroffen und wirken bis zur kommunalen Ebene in den Mitgliedsstaaten hinein.

Wichtige Aufgaben der EU:

- Koordination von Klimaschutzmaßnahmen (z.B. Green Deal, Emissionshandel)
- Förderung nachhaltiger Innovationen und Technologien
- Sicherung gemeinsamer Standards für Umwelt, Soziales und Wirtschaft
- Krisenmanagement (Pandemien, Migration, Konflikte)
- Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Aktuelle Lage der EU

Die EU steht vor erheblichen Herausforderungen:

- Klimawandel: Umsetzung ambitionierter Klimaziele, Anpassung an Extremwetter und Schutz der Biodiversität.
- Migration: Bewältigung von Fluchtbewegungen und Integration.
- Wirtschaft: Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion.
- Demokratie: Zunahme von Populismus und Autokratie in Europa, Bedrohung demokratischer Werte.
- Krisenmanagement: Umgang mit globalen Krisen wie Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg.

Die EU ist oft handlungsfähig, stößt aber an Grenzen durch nationale Interessen, politische Blockaden und komplexe Entscheidungsstrukturen. Die aktuelle Forschung sieht erhebliche Reformbedarfe:

a) Demokratische Legitimation und Partizipation

- Stärkung der Bürgerbeteiligung und Transparenz
- Bekämpfung von Demokratiedefiziten und Populismus

b) Effizienz und Entscheidungsstrukturen

- Vereinfachung und Beschleunigung von Entscheidungsprozessen
- Abbau von Bürokratie und Fragmentierung

c) Sozial-ökologische Transformation

- Förderung nachhaltiger und gerechter Wirtschaftsmodelle
- Integration von Umwelt-, Sozial- und Innovationspolitik

d) Krisenfestigkeit und Resilienz

- Ausbau gemeinsamer Krisenmechanismen (Gesundheit, Sicherheit, Migration)
- Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber globalen Schocks

e) Reform der Institutionen

- Anpassung der Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedsstaaten
- Weiterentwicklung des Europäischen Parlaments und der Kommission
- Überarbeitung von Vetorechten und Mehrheitsentscheidungen

Zwischenfazit

Die EU bleibt ein unverzichtbarer Akteur für die Zukunftsgestaltung in Europa. Ihre Handlungsfähigkeit hängt jedoch von tiefgreifenden Reformen ab, die demokratische Legitimation, Effizienz, Nachhaltigkeit und Krisenfestigkeit stärken. Die sozial-ökologische Transformation und die Sicherung gemeinsamer Werte stehen im Mittelpunkt einer zukunftsfähigen EU-Politik¹⁴.

¹⁴ Quelle: <https://copilot.microsoft.com/shares/y9Kt15SiWPj614LGdZMEz> ; abgerufen 2025 11 06

Reformbedarfe der EU

Die EU steht 2025 vor umfassenden Reformbedarfen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Digitalisierung, Haushaltsstruktur und Erweiterungspolitik. Besonders dringlich sind institutionelle Anpassungen zur Aufnahme neuer Mitglieder.

Hier eine strukturierte Übersicht der wichtigsten Reformbedarfe:



1. Institutionelle Reformen und Erweiterungsfähigkeit

- Erweiterung der EU (Ukraine, Moldau, Westbalkan) erfordert Anpassungen der Entscheidungsprozesse, z. B. beim Einstimmigkeitsprinzip [Berliner Zeitung](#) [Euronews Deutsch](#).
- Demokratische Rückschritte in Kandidatenländern sollen künftig durch vertraglich verankerte Schutzmechanismen verhindert werden [Berliner Zeitung](#).
- Reform der Kommissionsstruktur: Diskussion über eine Verkleinerung oder Umstrukturierung bei wachsender Mitgliederzahl.



2. Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung

- Ukraine und andere Kandidatenstaaten müssen Fortschritte bei Justizunabhängigkeit, Korruptionsbekämpfung und Medienfreiheit erzielen [Berliner Zeitung](#) [WELT](#).
- EU-interne Mechanismen zur Rechtsstaatlichkeitskontrolle (z. B. gegen Polen und Ungarn) sollen gestärkt und vereinheitlicht werden.



3. Digitalisierung und technologische Angleichung

- Einführung von EU-konformen digitalen Identitäten („Wallets“) und Online-Verwaltungsdiensten in Beitrittsländern bis 2026 geplant [Euronews Deutsch](#).
- Cybersicherheitsstrategien und Umsetzung der NIS-Richtlinien sind Voraussetzung für EU-Standards [Euronews Deutsch](#).



4. Haushalts- und Finanzreformen

- Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2028–2034: Fokus auf öffentliche Güter mit europäischem Mehrwert wie Forschung und Verteidigung [Deutscher Bundestag](#).

- Kritik an neuen Eigenmitteln (z. B. Tabaksteuer, Elektroschrottabgabe) und einem geplanten Krisenreaktionsmechanismus, der verfassungsrechtliche Fragen aufwirft [Deutscher Bundestag](#).
- Forderung nach vereinfachten Haushaltsinstrumenten und flexibler Mittelverwendung.

5. Außenpolitik und strategische Autonomie

- Eastern Flank Watch und neue Verteidigungsinitiativen zur Absicherung der EU-Außengrenzen [European Commission](#).
- Strategische Partnerschaften mit Indien und Mittelmeerraum zur geopolitischen Stabilisierung [European Commission](#).

6. Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit

- Abbau von Fragmentierung im Binnenmarkt, Förderung von Risikokapital und Innovation in KI und Cloud-Technologien [European Commission](#) [IMF](#).
- Industrial Accelerator Act und neue Rechtsakte zur Stärkung europäischer Netzwerke und Infrastruktur [European Commission](#).

Die Berichte des Europäischen Parlaments (2025) und des IW Köln (2024) schlagen konkrete institutionelle Reformen vor, um die EU auf eine Erweiterung auf über 30 Mitglieder vorzubereiten. Im Zentrum stehen Vertragsänderungen, neue Entscheidungsmechanismen und eine Reform der Kommissionsstruktur.

Hier sind die wichtigsten Vorschläge im Überblick:

1. Entscheidungsfindung: Abschaffung der Einstimmigkeit

Passerelle-Klauseln sollen systematisch genutzt werden, um vom Einstimmigkeitsprinzip zur qualifizierten Mehrheit überzugehen – etwa in Steuer-, Sozial- und Außenpolitik europarl.europa.eu.

Einführung einer „Superqualifizierten Mehrheit“ für besonders sensible Entscheidungen (z. B. 80 % der Bevölkerung und 80 % der Staaten) Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

2. Kommissionsstruktur: Effizienzsteigerung

Vorschlag zur Verkleinerung der Kommission: nicht mehr jeder Staat stellt einen Kommissar.

Alternativ: rotierende Kommissare oder Clusterbildung, bei der mehrere Staaten einen Kommissar teilen Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

3. Haushaltsreform und neue Eigenmittel

Einführung neuer EU-Eigenmittel wie CO₂-Grenzausgleichsabgaben, Digitalsteuern oder Plastikabgaben zur Finanzierung der Erweiterung europarl.europa.eu.

Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) mit Fokus auf europäische öffentliche Güter und Krisenresilienz europarl.europa.eu.

4. Rechtsstaatlichkeit: Konditionalität und Monitoring

Einrichtung eines EU-Rechtsstaatskommissars mit klaren Sanktionsmechanismen bei Verstößen.

Automatische Sperrung von EU-Mitteln bei systematischen Rechtsstaatsverletzungen
Stiftung Wissenschaft und Politik.

5. Parlamentarische Reformen

Einführung transnationaler Listen bei Europawahlen zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit.

Reform der Sitzverteilung im Parlament: stärker proportional zur Bevölkerung, aber mit Mindestgarantien für kleinere Staaten europarl.europa.eu.

Hier ist eine strukturierte Übersicht zentraler Reformvorschläge zur institutionellen Anpassung der EU im Zuge einer Erweiterung auf über 30 Mitglieder – inklusive Bewertung der Umsetzbarkeit und politischen Unterstützung (Stand: 2025):

Tabelle 1: Reformvorschläge zur EU-Erweiterung

Reformvorschlag	Inhalt / Ziel	Umsetzbarkeit (1–5)	Politische Unterstützung (1–5)
Abschaffung der Einstimmigkeit in Schlüsselbereichen	Übergang zu qualifizierter Mehrheit in Steuer-, Sozial- und Außenpolitik	3 – Vertragsänderung nötig	3 – Widerstand v. kleinen Staaten
Einführung „Superqualifizierter Mehrheit“	80 % der Bevölkerung + 80 % der Staaten für sensible Entscheidungen	2 – komplexe Umsetzung	2 – kaum Konsens bisher
Verkleinerung der EU-Kommission	Nicht jeder Staat stellt einen Kommissar	4 – politisch machbar	3 – kleinere Staaten skeptisch
Rotierende Kommissare / Clusterbildung	Mehrere Staaten teilen sich Ressorts	3 – organisatorisch möglich	3 – Repräsentationskonflikte
Neue EU-Eigenmittel	CO ₂ -Zölle, Digitalsteuern, Plastikabgaben zur Finanzierung	4 – technisch umsetzbar	4 – breite Unterstützung
Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR)	Fokus auf europäische öffentliche Güter, Krisenresilienz	5 – regelmäßig angepasst	4 – wachsender Konsens
EU-Rechtsstaatskommissar	Monitoring und Sanktionen bei Verstößen	4 – juristisch möglich	3 – Widerstand aus einigen Staaten
Transnationale Listen bei Europawahlen	Stärkung europäischer Öffentlichkeit	3 – Änderung Wahlrecht nötig	4 – Zustimmung im Parlament
Reform der Sitzverteilung im Parlament	Proportionaler zur Bevölkerung mit Mindestgarantien	4 – technisch möglich	3 – kleinere Staaten skeptisch
Einberufung eines EU-Konvents	Vertragsänderungen nach Art. 48 EUV	2 – langwieriger Prozess	2 – politisch riskant
Differenzierte Integration („Kerneuropa“)	Vertiefte Zusammenarbeit einzelner Gruppen	5 – bereits praktiziert	4 – pragmatische Lösung

Legende:

- *Umsetzbarkeit*: 1 = sehr schwierig, 5 = leicht umsetzbar
- *Politische Unterstützung*: 1 = kaum vorhanden, 5 = breite Zustimmung

Aktuelle EU-Politik

Die EU ist im November 2025 stark mit Klima-, Finanz- und Erweiterungspolitik befasst. Zentrale Themen sind das neue Emissionsziel für 2040, die Reform der Energiebesteuerung und die Verhandlungen zum EU-Haushalt 2026.

Klimapolitik und Umwelt

Rat „Umwelt“ (4. November 2025):

Ziel: Einigung über das neue EU-Emissionsreduktionsziel für 2040 im Rahmen des EU-Klimagesetzes.

Vorbereitung des neuen EU-NDC (national festgelegter Beitrag) für die UN-Klimakonferenz COP 30 in Belém, Brasilien Consilium.

Wirtschaft und Finanzen

Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (13. November 2025):

Verhandlungen zur Reform der Energiebesteuerungsrichtlinie.

Abschaffung der Zollfreigrenze für Kleinsendungen aus Drittstaaten geplant Consilium.

Rat „Haushalt“ (14. November 2025):

Vorbereitung der Einigung mit dem Europäischen Parlament über den EU-Haushalt 2026 im Vermittlungsausschuss Consilium.

Digitalisierung und Verbraucherschutz

Gigabit-Infrastrukturverordnung:

Tritt am 12. November 2025 in Kraft.

Ziel: Schnellerer und kostengünstiger Ausbau digitaler Netze durch gemeinsame Nutzung bestehender Infrastruktur und vereinfachte Genehmigungen Die Bundesregierung.

Neue EU-Verordnung zu politischer Werbung:

Seit 10. Oktober 2025 in Kraft.

Stärkt Transparenz und Kennzeichnungspflicht für bezahlte politische Inhalte Die Bundesregierung.

Verbraucherkreditrichtlinie:

Ab 20. November 2025 gelten strengere Regeln für Kleinkredite und „Buy now – pay later“-Modelle.

Ziel: Schutz vor Überschuldung, insbesondere bei kurzfristigen Konsumkrediten
Finanzleser.de.

Internationale Beziehungen

EU-CELAC-Gipfel (9./10. November 2025):

Treffen mit lateinamerikanischen Staaten zur Stärkung der strategischen Partnerschaft
Consilium.

COP 30 (6./7. November 2025):

EU will sich als globaler Vorreiter beim Klimaschutz positionieren Consilium.

Aktuelle Lage in Deutschland

Deutschland befindet sich im November 2025 in einer Phase vorsichtiger wirtschaftlicher Erholung, begleitet von umfangreichen Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaneutralität. Die Bundesregierung setzt auf binnenwirtschaftliche Impulse, während außenwirtschaftliche Risiken bestehen bleiben.

Wirtschaftliche Lage

- Leichtes Wachstum erwartet: Nach zwei Jahren Rezession prognostiziert die Bundesregierung für 2025 ein *reales BIP-Wachstum* von 0,2 %, getragen vor allem von *privatem Konsum und öffentlichen Investitionen* [bundeswirtschaftsministerium.de](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de).
- Binnenwirtschaft als Treiber: Anders als üblich kommt der Impuls nicht aus dem Export, sondern aus *realen Lohnsteigerungen, steuerlichen Entlastungen* und *gezielten Investitionsanreizen* (z. B. Investitionsbooster, Körperschaftssteuerreform) [bundeswirtschaftsministerium.de](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de).
- Trendwende am Arbeitsmarkt erwartet: Zum Jahreswechsel 2025/26 wird mit einer *Verbesserung der Beschäftigungslage* gerechnet, was die Konsumstimmung weiter stärken dürfte [bundeswirtschaftsministerium.de](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de).

Politische Maßnahmen und Gesetzesreformen

- Bundeshaushalt 2025: Tritt rückwirkend zum 1. Januar in Kraft und sieht *Rekordinvestitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität* vor [Die Bundesregierung](https://www.bundesregierung.de).
- Sondervermögen Infrastruktur & Klimaneutralität: Finanzierung von *Schulen, Kitas, Bahnstrecken, Digitalisierung* und *Forschung* durch Bund, Länder und Kommunen [Die Bundesregierung](https://www.bundesregierung.de).
- Gigabit-Infrastrukturverordnung: Ab 12. November 2025 gelten neue EU-Regeln für den *schnelleren Ausbau digitaler Netze* [Die Bundesregierung](https://www.bundesregierung.de).

- Verbraucherschutz bei Krediten: Neue Regeln für „Buy now – pay later“-Modelle treten am 20. November in Kraft, um *Überschuldung zu vermeiden* [Die Bundesregierung](#).
- Staatsangehörigkeitsgesetz reformiert: Einbürgerung ist künftig *erst nach fünf Jahren* möglich und an *nachhaltige Integration* gebunden [Die Bundesregierung](#).

Konjunkturindikatoren

- ifo-Geschäftsklimaindex: Zeigt eine *fragile, aber positive Entwicklung* der Geschäftserwartungen, besonders im Mittelstand [Statista](#).
- GfK-Konsumklima-Index: Prognose für November 2025 deutet auf *leichte Erholung der Verbraucherstimmung* hin [Statista](#).
- ZEW-Konjunkturerwartungen: Stimmungsindikatoren verbessern sich, bleiben aber unter dem langfristigen Durchschnitt [Statista](#).

Quellen:

[bundeswirtschaftsministerium.de](#) BMWK Herbstprojektion 2025
[Die Bundesregierung](#) Bundesregierung – Neuregelungen November 2025
[Statista](#) Statista – Konjunkturindikatoren Deutschland

Deutschland steht 2025 vor einem erheblichen Reformbedarf in den Bereichen Bürokratieabbau, Investitionsbeschleunigung, Steuerstruktur und Digitalisierung. Erste Maßnahmen wurden eingeleitet, doch zentrale Strukturreformen bleiben in der Umsetzung herausfordernd.

Reformbedarf laut Bundesregierung

Laut der Herbstprojektion 2025 benennt die Bundesregierung folgende zentrale Reformfelder [bundeswirtschaftsministerium.de](#):

- Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung: Langsame Verfahren bremsen Investitionen in Infrastruktur, Energie und Digitalisierung.
- Bürokratieabbau: Hohe Berichtspflichten und komplexe Regulierungen belasten Unternehmen und Verwaltung.

- Steuer- und Abgabenlast: Deutschland zählt zu den Hochsteuerländern – Reformbedarf bei Unternehmenssteuern und Lohnnebenkosten.
- Innovationsförderung: Start-ups und Mittelstand benötigen bessere Rahmenbedingungen für Forschung, Skalierung und Marktzugang.
- Energiekosten: Wettbewerbsfähigkeit leidet unter hohen Strom- und Gaspreisen – Reform der Abgabenstruktur im Energiesektor gefordert.

Auch in Deutschland sind die gesellschaftspolitischen Kräfte besonders herausgefordert, auf die Herausforderungen der Digitalisierung zu reagieren und sie politisch umfassend auszugestalten (Greve 2012; Degenhart 2014; Oberender 2022).

Die Regulierung sozialer Medien erfordert verschiedene Ansätze und Maßnahmen. Viele Länder haben bereits Gesetze erlassen, um die Verbreitung von Hassrede, Falschinformationen und anderen schädlichen Inhalten zu kontrollieren. Ein Beispiel ist das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), das soziale Netzwerke verpflichtet, strafbare Inhalte schnell zu löschen.¹⁵ Zweitens die Selbstregulierung der Plattformen: Soziale Medienplattformen wie Facebook, Twitter und Instagram haben eigene Gemeinschaftsstandards und Moderationsrichtlinien, um unangemessene Inhalte zu entfernen. Diese Standards müssen jedoch oft an nationale und internationale Gesetze angepasst werden¹⁶.

Plattformen sollten transparent über ihre Moderationspraktiken und Algorithmen informieren. Dies könnte durch regelmäßige Berichte und unabhängige Überprüfungen erreicht werden.

¹⁵ Siehe [Regulierung sozialer Medien | Reporter ohne Grenzen für Informationsfreiheit](#) , abgerufen am 16.01.2025

¹⁶ Siehe [Regulierung sozialer Medien | Reporter ohne Grenzen für Informationsfreiheit](#) , abgerufen am 16.01.2025

Äußerst relevant ist die Förderung alternativer Plattformen: Es ist wichtig, alternative digitale Räume zu fördern, die demokratischem Diskurs und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Diese könnten als Gegengewicht zu den großen kommerziellen Plattformen dienen. Und schließlich sollten Nutzer über die Risiken und Herausforderungen sozialer Medien aufgeklärt werden. Dies könnte durch Bildungsprogramme und Kampagnen zur Medienkompetenz erreicht werden.

Die Kombination dieser Maßnahmen kann dazu beitragen, die negativen Auswirkungen sozialer Medien zu minimieren und gleichzeitig die Meinungs- und Pressefreiheit zu schützen¹⁷.

¹⁷ MSN Copilot, abgerufen 16.01.2025

Tabelle 2: Umgesetzte Maßnahmen (Stand November 2025)

Reformfeld	Maßnahme	Umsetzungsstand
Bürokratieabbau	Bürokratiekosten sollen bis 2030 um 25 % gesenkt werden bmds.bund.de	Gesetzespaket beschlossen (Nov 2025)
	Vergabebesleunigungsgesetz: höhere Direktvergabegrenzen	In Kraft
	Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz	In Kraft
Wohnungsbau	§246e BauGB: befristete Abweichungen vom Planungsrecht bis 2030	In Kraft
Digitalisierung	Gigabit-Infrastrukturverordnung (EU)	Gilt ab 12.11.2025 Die Bundesregierung
Verbraucherschutz	Neue Regeln für Kleinkredite und „Buy now – pay later“-Modelle	Gilt ab 20.11.2025 Die Bundesregierung
Staatsmodernisierung	Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung	Kabinettsbeschluss vom 1.10.2025 bmds.bund.de
Staatsangehörigkeit	Reform: Einbürgerung frühestens nach 5 Jahren, Integration verpflichtend	In Kraft Die Bundesregierung

✚ Bewertung und Ausblick

- Positiv: Erste Entlastungseffekte für Verwaltung und Wirtschaft sind messbar. Der Wohnungsbau erhält neue Impulse.
- Herausforderung: Die Umsetzung hängt stark von der *Effizienz der Verwaltung* und *Koordination mit Ländern und Kommunen* ab.
- Offen: Große Strukturreformen im Steuerrecht, bei Energiekosten und Innovationsförderung stehen noch aus oder sind in Vorbereitung.

Quellen:

[1: Bundesregierung – Neuregelungen November 2025](#)

[2: BMDS – Bürokratierückbau](#)

[3: BMWK – Herbstprojektion 2025](#)

Zukunftsgerichtete Orientierungen

Es gibt verschiedene Reaktionen und damit verbundene Alternativen zur menschengemachten Umweltzerstörung, zu Raffgier, zu Kriegen, Zwangsmigration, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung sowie -verelendung. Hoffnung vermittelnde Orientierungen und Handlungsstränge sind die Responsibility to Protect R2P und die von den Vereinten Nationen formulierten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) als politische Zielsetzungen, die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen.

Übersicht Responsibility to Protect R2P

Die Responsibility to Protect (R2P) ist ein völkerrechtliches Politikkonzept, das die Pflicht von Staaten und der internationalen Gemeinschaft beschreibt, Massenverbrechen (Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) zu verhindern, zu schützen und zu beenden.

Kernprinzipien

- Souveränität als Verantwortung: Staatliche Souveränität bedeutet die Verantwortung, die eigene Bevölkerung zu schützen.
- Drei Säulen:
 1. Prävention: Verhinderung von Gewalt durch Diplomatie, Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit.
 2. Reaktion: Rasches kollektives Handeln (diplomatisch, humanitär, Sanktionen, als letztes Mittel militärisch) bei drohenden oder laufenden Massenverbrechen.
 3. Wiederaufbau: Nach Konflikten Schutz, Rechenschaft und Versöhnung unterstützen.
- Last Resort und proportional: Zwangsmaßnahmen sind ultima ratio; jede Maßnahme muss verhältnismäßig sein.

Entstehung und Status

- Politische Annahme auf dem Weltgipfel der UN 2005; kein neues verbindliches Menschenrechtsinstrument, sondern politisches Normenwerk und interpretativer Rahmen für UN-Akteure und Staaten.

Umsetzungsinstrumente

- Frühwarnung und Prävention: Informations- und Monitoringmechanismen; Unterstützung demokratischer Institutionen.
- Diplomatie und Sanktionen: Politischer Druck, gezielte Sanktionen, internationale Strafverfolgung.
- Kollektives Handeln: Mandate durch den UN-Sicherheitsrat; Koalitionen und regionale Organisationen.

Herausforderungen und Kritik

- Politische Blockaden: Veto-Macht im Sicherheitsrat verhindert oft konsequentes Handeln.
- Selektive Anwendung: Vorwürfe von Doppelmoral und instrumentalisiertem Einsatz, abhängig von geopolitischen Interessen.
- Militärische Interventionen: Risiko von Mission Creep, zivilen Opfern und mangelnder Exit-Strategie.
- Implementierungskapazitäten: Mangel an Ressourcen für effektive Prävention und Wiederaufbau.

Praxisbeispiele

- Positive Aspekte in Fällen mit umfassenden Präventionsmaßnahmen; kontroverse Debatten etwa zu Libyen 2011 (Schutzbegründung vs. Regimewechsel) und zögerlicher oder ausbleibender Schutz in Syrien, Ruanda (historisch) oder Myanmar.

Übersicht Agenda 2030 und Sustainable Development Goals SDGs

Die Agenda 2030 ist ein universelles Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen von 2015, mit 17 Sustainable Development Goals (SDGs) und 169 Zielvorgaben, das bis 2030 Armut beenden, den Planeten schützen und Wohlstand für alle fördern will.

Zweck und Merkmale

- Universell: Gilt für alle Staaten, nicht nur Entwicklungsländer.
- Integriert: Wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimensionen sind miteinander verknüpft.
- Leave No One Behind: Fokus auf besonders marginalisierte Gruppen.

Die 17 SDGs Kurzüberblick

1. Keine Armut
2. Kein Hunger
3. Gesundheit und Wohlergehen
4. Hochwertige Bildung
5. Geschlechtergleichheit
6. Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen
7. Bezahlbare und saubere Energie
8. Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
9. Industrie, Innovation und Infrastruktur
10. Weniger Ungleichheiten
11. Nachhaltige Städte und Gemeinden
12. Nachhaltiger Konsum und Produktion
13. Maßnahmen zum Klimaschutz
14. Leben unter Wasser
15. Leben an Land
16. Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen
17. Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Umsetzungsmechanismen

- Nationale Strategien: Integration der SDGs in nationale Entwicklungspläne.
- Voluntary National Reviews VNRs: Regelmäßige Berichte der Staaten zur Umsetzung beim UN High-Level Political Forum.
- Indikatorrahmen: Globaler Indikatorensatz zur Messung des Fortschritts (mehrere hundert Indikatoren).
- Finanzierung: Mischung aus nationalen Budgets, privaten Investitionen, Entwicklungszusammenarbeit und innovativen Finanzinstrumenten.

Herausforderungen und Kritik

- Finanzierungslücke: Insbesondere für ärmere Länder besteht ein großer Finanzierungsbedarf.
- Datenlücken: Viele Staaten haben unvollständige Daten, insbesondere zu marginalisierten Gruppen.
- Koordinationsprobleme: Silo-Denken in Verwaltungen erschwert integrierte Politik.
- Ungleicher Fortschritt: Einige Ziele (z. B. Armutsbekämpfung, Bildung) zeigen bessere Fortschritte als andere (z. B. Biodiversität, Klima).

Schnittmengen und Reformempfehlungen zur Stärkung von R2P und Agenda 2030

Schnittmengen zwischen R2P und Agenda 2030

- SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) ist direkt mit der Präventionskomponente von R2P verbunden.
- Langfristige Prävention von Massenverbrechen benötigt Fortschritte bei Armut, Ungleichheit, Governance, Bildung und Umwelt — zentrale SDGs.
- Beide Rahmen betonen Prävention, Institutionenstärkung und internationale Zusammenarbeit; erfolgreiche Implementierung der SDGs reduziert strukturelle Risikofaktoren für Massenverbrechen.

Dieses Deck liefert sechs konkrete, politisch umsetzbare Reformempakete, die Prävention von Massenverbrechen mit der operationalen Umsetzung der SDGs verknüpfen. Jede Empfehlung enthält: Ziel, konkrete Maßnahmen, verantwortliche Akteure, erwarteten Nutzen, Kernrisiken und messbare Indikatoren.

Empfehlung 1: Frühwarn- und Präventionsplattform integrieren

- Ziel: Frühzeitige Erkennung und kohärente Reaktion auf Risiken für Massenverbrechen durch Verbindung von R2P- und SDG-Indikatoren.
- Konkrete Maßnahmen:
 - Aufbau einer UN-gehosteten Plattform, die R2P-Risikoindikatoren mit relevanten SDG-Indikatoren (z. B. SDG 16, 1, 10, 4, 5) kombiniert.
 - Standardisierte Datenprotokolle, Reporting-Timeline und interoperable Dashboards für UN-Agenturen, regionale Organisationen und Geber.
 - Einrichtung eines ständigen Expertengremiums (Politik, Menschenrechte, Entwicklung, Konfliktanalyse).
- Verantwortliche: UN-Generalsekretär/Office; UNDP; OHCHR; Regionalorganisationen.
- Erwarteter Nutzen: Schnellere, evidenzbasierte Präventionsinterventionen; weniger Eskalationen; bessere Koordination zwischen Entwicklung und Schutz.
- Kernrisiken: Datenqualität; Politische Sensitivität; Missbrauch für politische Ziele.
- Messindikatoren: Anzahl frühzeitig identifizierter Krisen; Reaktionszeit bis koordinierter Interventionsplan; Anteil SDG-Indikatoren mit vertraulichen Datenlieferungen.

Empfehlung 2: Sicherheitsrat + Generalversammlung Mechanismus zur Handlungsfähigkeit

- Ziel: Politische Blockaden im Sicherheitsrat abmildern und zugleich legitime, kollektive Handlungsoptionen sichern.
- Konkrete Maßnahmen:
 - Einführung eines verbindlichen „Consultation and Escalation“-Verfahrens: Wenn der Sicherheitsrat aufgrund von Veto nicht handelt, wird eine zeitlich befristete Verweisung an die Generalversammlung aktiviert (rein politisches Mandat, abgestuftes Maßnahmenband).
 - Standardisierte Kriterien, die R2P-Schwellen klarer fassen (Beweislage, zivilgesellschaftliche Berichte, VNR-Signale).
- Verantwortliche: Mitgliedstaaten; UNGA; Völkerrechtsarbeitsgruppe.
- Erwarteter Nutzen: Verringerung von Handlungsblockaden; höhere politische Legitimität; klarerer Pfad zu nichtmilitärischen Sanktionen und humanitären Maßnahmen.
- Kernrisiken: Politische Gegenreaktionen ständiger Mitglieder; Gefahr institutioneller Polarisierung.
- Messindikatoren: Anwendungen des Mechanismus; Fälle, in denen GA bindende Empfehlungen erlassen konnte; Zeitspanne bis Reaktionsbeginn.

Empfehlung 3: Verknüpfte Finanzierung für Prävention und Wiederaufbau

- Ziel: Sicherstellung langfristiger, flexibler Finanzierung, die Prävention (inkl. SDG-Maßnahmen) und post-Konflikt-Wiederaufbau verbindet.
- Konkrete Maßnahmen:
 - Einrichtung eines „Prevention and Recovery Facility“ (PRF) unter UN-Aegide mit Beiträgen von Mitgliedstaaten, multilateralen Entwicklungsbanken und dem Privatsektor.
- Kernrisiken: Geheimhaltungsbedürfnisse in Sicherheitsfragen; administrative Mehrbelastung.
- Messindikatoren: Anzahl und Qualität unabhängiger Evaluationsberichte; Anteil partizipativer Konsultationen; Revisionsrate politischer Maßnahmen nach Evaluation.

- Finanzierungsbedingungen koppeln an integrative Governance-Reformen und SDG-Fortschritte (z. B. Bildungs-, Gesundheits- und Gleichstellungsindikatoren).
- Verantwortliche: UN-Economic Cluster; World Bank; Geberkoalitionen; nationale Regierungen.
- Erwarteter Nutzen: Reduzierte Rückfallraten in Gewalt; kohärente Projekte mit längerem Zeithorizont; bessere Nutzung nationaler Kapazitäten.
- Kernrisiken: Politische Instrumentalisierung von Finanzmitteln; Schwierigkeit bei Messung von Governance-Reformen.
- Messindikatoren: Volumen mobilisierter Mittel; Anteil Finanzierungen, die Prävention und SDG-Ziele koppeln; Rückfallquote in Gewalt nach Auszahlung.

Empfehlung 4: Kapazitätsaufbau auf nationaler Ebene – Governance + Gesellschaft

- Ziel: Stärkung staatlicher Schutzfunktionen und zivilgesellschaftlicher Resilienz entlang der SDGs.
- Konkrete Maßnahmen:
 - Programme für Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Justiz, Polizeireform, Dezentralisierung und Verwaltungsmodernisierung.
 - Förderung inklusiver Sozialprogramme (Bildung, soziale Sicherung, Frauenbeteiligung) als Gewaltprävention.
 - Technische Hilfe-Pakete mit bedingungslosem Know-how-Transfer, Peer-learning und Monitoring durch UN-Agenturen.
- Verantwortliche: UNDP; UNESCO; nationale Regierungen; NGOs.
- Erwarteter Nutzen: Verringerung struktureller Treiber von Gewalt; gesteigerte gesellschaftliche Teilhabe; nachhaltigere SDG-Fortschritte.
- Kernrisiken: Lokaler Widerstand gegen Reformen; Korruptionsrisiken; begrenzte Implementationskapazität.
- Messindikatoren: Verbesserungen in Governance-Indices; Teilnahmeraten von Frauen/ Minderheiten an Entscheidungsprozessen; SDG-Fortschrittsraten.

Empfehlung 5: Regionale Partnerschaften und abgestufte Reaktionsoptionen

- Ziel: Nutzung regionaler Ownership und abgestufter Werkzeuge für Prävention und Milieu-Stabilisierung.

- Konkrete Maßnahmen:
 - Formalisierte Kooperationsprotokolle zwischen UN und regionalen Organisationen (z. B. AU, EU, ASEAN) mit klaren Kompetenzlinien.
 - Aufbau regionaler Eingreiftruppen und ziviler Krisenreaktionsteams mit definierten Mandaten für nichtmilitärische Maßnahmen.
 - Finanzierung von regionalen Mediations- und Dialoginitiativen.
- Verantwortliche: UNDESA; regionale Organisationen; Geber.
- Erwarteter Nutzen: Schnellere, kulturell angemessene Reaktionen; Entlastung des UN-Systems; stärkere Legitimität vor Ort.
- Kernrisiken: Regionale Machtpolitik; geringe Standardisierung; begrenzte Ressourcen.
- Messindikatoren: Anzahl aktivierter regionaler Mechanismen; Zeit bis Einsatz; lokale Akzeptanzmessungen.

Empfehlung 6: Rechenschaft, Transparenz und partizipative Legitimität stärken

- Ziel: Glaubwürdigkeit von R2P-Maßnahmen und SDG-Programmen durch klare Rechenschaftspflichten und Beteiligung der Betroffenen erhöhen.
- Konkrete Maßnahmen:
 - Einführung eines unabhängigen Prüf- und Evaluationsmechanismus für R2P-Interventionen mit verpflichtenden VOR-, DURCH- und NACH-EVALs.
 - Systematische Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure, Opfervertretungen und lokalen Institutionen in Mandatsformulierung und M&E.
 - Transparente Veröffentlichung von Entscheidungsgrundlagen, Risiken-Analysen und Monitoring-Berichten.
- Verantwortliche: UN-Oversight Bodies; IOB; nationale Parlamente; NGOs.
- Erwarteter Nutzen: Höhere Legitimität; Lernfähigkeit; Verringerung von Fehlallokationen und Missbrauch.

Aufstand der Vernünftigen

Der Aufstand der Vernünftigen setzt eine große Zahl von engagierten Umweltschützern, Friedensbewegten und „woked“ Menschen voraus. Er ist ein Aufruf zur aktiven, friedlichen und solidarischen Gestaltung der Zukunft. Er setzt auf kollektives Engagement, politische Beteiligung, kritisches Denken und die Stärkung von Gemeinschaften, um die existenziellen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

1. Gesellschaftliches Engagement und Vernetzung

- Organisation in Überlebensprojekten: Menschen schließen sich in Initiativen, Zukunftswerkstätten und sozialen Bewegungen zusammen, um konkrete Lösungen für Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsprobleme zu entwickeln.
- Solidarität und Gegenmacht: Durch weltweite Vernetzung und Kooperation kann die „Karawane der Blinden“ gestoppt und eine solidarische Gegenmacht aufgebaut werden, die Hoffnung auf ein zukünftiges Überleben vermittelt.

2. Politische Beteiligung und Kontrolle

- Einmischung in die Politik: Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich aktiv in politische Prozesse einzubringen, destruktive Akteure zu entlarven und abzuwählen bzw. absetzen zu lassen.
- Gestaltung von Überlebenspolitik: Es ist überfällig, gemeinsam in den einzelnen Politikfeldern Überlebenspolitik mitzugestalten – für Klima-, Umwelt- und Artenschutz, humane Arbeits- und Lebensbedingungen und neue Wirtschaftsformen.

3. Verantwortungsbewusste Führung und Institutionen

- Förderung von Führungspersönlichkeiten: Es braucht Politiker und Wirtschaftsführer mit Verantwortungsbewusstsein, die sich den SDGs verpflichtet fühlen, Lobbyismus einhegen und nicht korrupt sind.

- **Stärkung der Zivilgesellschaft:** Die Macht der Gemeinschaft ist ein bedeutender Faktor – soziale Bewegungen wie Fridays for Future zeigen, wie kollektives Handeln Veränderungen bewirken kann.

4. Bildung, Medienkompetenz und kritisches Denken

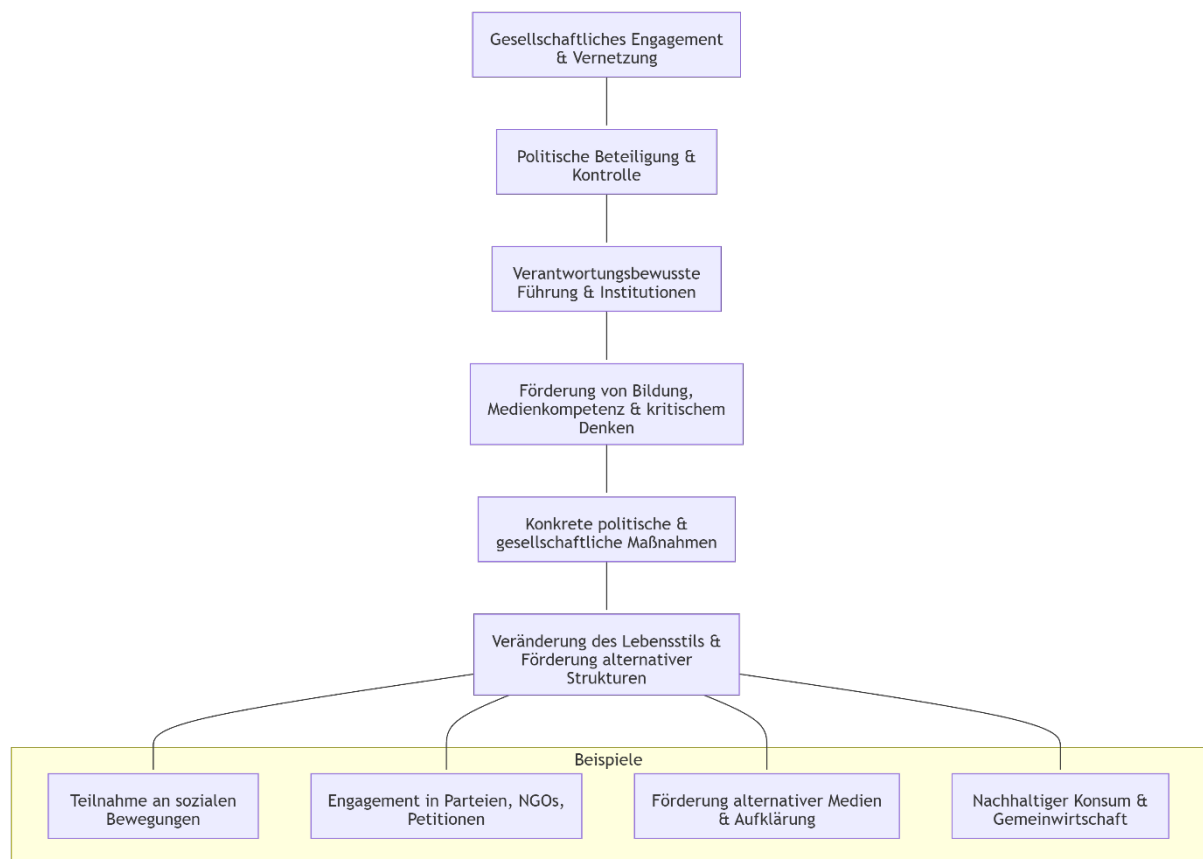
- **Förderung von Medienkompetenz:** Aufklärung über Desinformation, Manipulation und die Risiken sozialer Medien ist zentral, um die Meinungsfreiheit und den demokratischen Diskurs zu schützen.
- **Selbstdenken und Wertewandel:** Autoren wie Precht und Welzer betonen die Bedeutung von Selbstreflexion, kritischem Denken und einem gesellschaftlichen Wertewandel als Grundlage für nachhaltigen Wandel.

5. Konkrete politische und gesellschaftliche Maßnahmen

- **Verantwortliche Zukunftspolitik:** Umsetzung der SDGs, Förderung nachhaltiger Entwicklung, Reform internationaler Institutionen und Stärkung der Demokratie.
- **Aktion und Analyse:** Die richtige Mischung aus Denken und Handeln, aus Studierstube und Feld, aus Analyse und Aktion ist entscheidend. „Business as Usual“ ist keine Option mehr.

Praktische Beispiele für den Aufstand der Vernünftigen

- **Teilnahme an sozialen Bewegungen:** Fridays for Future, Bürgerinitiativen, lokale Nachhaltigkeitsprojekte.
- **Politische Mitgestaltung:** Engagement in politischen Parteien, NGOs, Zukunftswerkstätten, Petitionen, Wahlbeteiligung.
- **Kritische Öffentlichkeit:** Förderung alternativer Medien, Aufklärungskampagnen, digitale Communities für Gemeinwohl und Nachhaltigkeit.
- **Veränderung des Lebensstils:** Nachhaltiger Konsum, Unterstützung von Gemeinwirtschaft, Engagement für soziale und ökologische Projekte.



Schritt-für-Schritt-Erklärung:

1. Gesellschaftliches Engagement & Vernetzung:\ Zusammenschluss in Initiativen, Zukunftswerkstätten und Bewegungen, um Lösungen zu entwickeln.
2. Politische Beteiligung & Kontrolle:\ Aktive Einmischung in politische Prozesse, Entlarven und Abwählen destruktiver Akteure.
3. Verantwortungsbewusste Führung & Institutionen:\ Förderung von Führungspersönlichkeiten mit Verantwortungsbewusstsein und Integrität.
4. Förderung von Bildung, Medienkompetenz & kritischem Denken:\ Aufklärung über Desinformation, Förderung von Selbstreflexion und Wertewandel.
5. Konkrete politische & gesellschaftliche Maßnahmen:\ Umsetzung der SDGs, nachhaltige Entwicklung, Reformen und Stärkung der Demokratie.
6. Veränderung des Lebensstils & Förderung alternativer Strukturen:\ Nachhaltiger Konsum, Unterstützung von Gemeinwirtschaft, Engagement für soziale und ökologische Projekte.

Beispiele für konkrete Aktionen:

- Teilnahme an sozialen Bewegungen (z.B. Fridays for Future)
- Engagement in Parteien, NGOs, Petitionen
- Förderung alternativer Medien und Aufklärungskampagnen
- Nachhaltiger Konsum und Unterstützung gemeinwohlorientierter Projekte

Verantwortliche Zukunftspolitik

Hieran wissen sich (bisher) auch die deutschen Bundesregierungen gebunden. Die gegenwärtige deutsche (schwarz-rote) Bundesregierung verfolgt die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Agenda 2030 sowie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) mit einem strukturierten, aber auch herausfordernden Ansatz. Die Agenda 2030 wurde als politisches Leitprinzip gesetzt und die SDGs offiziell als Richtschnur deutscher Politik anerkannt. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) dient als nationales Umsetzungsinstrument. In der DNS 2021 wurde die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im März 2021 beschlossen. Sie integriert die SDGs systematisch und definiert zentrale Transformationsfelder wie Energie, Kreislaufwirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft ([bmz.de](https://www.bmz.de)).

Die Bundesregierung strukturiert ihre Nachhaltigkeitspolitik entlang der fünf „P“ der Agenda 2030 als Umsetzungsschwerpunkte:

Tabelle 1: Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Leitmotiv	Relevante SDGs	Maßnahmenbeispiele
People (Menschen)	SDG 1, 3, 4, 5, 8, 10	Menschenrechtsaktionsplan, Bildungsoffensive, soziale Sicherung
Planet (Umwelt)	SDG 6, 13, 14, 15	Klimaschutzgesetz, Biodiversitätsstrategie, One-Health-Ansatz
Prosperity (Wohlstand)	SDG 7, 9, 12	Energiewende, Innovationsförderung, nachhaltige Produktion
Peace (Frieden)	SDG 16	Förderung inklusiver Institutionen, Zugang zur Justiz
Partnership (Partnerschaft)	SDG 17	Globale Kooperation, Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Initiativen

Im Rahmen politischer Kontrolle wurden ein Monitoringsystem und Berichterstattung eingerichtet: Die DNS enthält über 75 nationale Indikatoren, die regelmäßig vom Statistischen Bundesamt überprüft werden. Außerdem hat Deutschland einen

freiwilligen Staatenbericht zum High-Level Political Forum (HLPF) der UN vorgelegt, der die Fortschritte und Herausforderungen detailliert dokumentiert [bmz.de](https://www.bmz.de) (Bundesregierung 2021). Deutschland liegt im internationalen Vergleich weit vorne, zeigt aber Defizite bei Klimaschutz, Biodiversität und nachhaltigem Konsum.

Allerdings verschärfen sich die Herausforderungen weiter und es gibt trotz Umsetzungsfortschritten erhebliche Kritik: Das bisherige Handeln reiche laut Bundesregierung und Zivilgesellschaft nicht aus, um die SDGs bis 2030 zu erreichen (Ambitionskritik). Es werden die mangelnde Abstimmung zwischen Ressorts und inkonsistente Politiken, etwa bei Subventionen für fossile Energien bemängelt (Kohärenzprobleme). Die internationale Dimension der SDGs werde zwar betont, aber nicht immer konsequent umgesetzt – etwa bei Lieferketten oder Klimafinanzierung (Mangel an globaler Mitverantwortung)¹⁸. Kritiker betonen, dass kooperative Institutionen notwendig sind, um die Menschheit aus ihrem "Gefangenendilemma" zu befreien.

Angesichts zunehmender ökologischer und gesellschaftlicher Katastrophen, manifester Herausforderungen und im Widerspruch zu aller Vernunft wirken verantwortungslose, mächtige „Raubtiere“ (Empoli 2025) weiter und funktionieren die jeweiligen Herrschaftsinstrumente (Wahlen, Justiz, Medien, Bildung, Kultur und Öffentlichkeit) in destruktiver Weise um (Beispiele US-Präsident Trump, Präsident Erdogan).

Woods/Grant setzten sich seinerzeit mit Vernunft und Unvernunft, mit Entfremdung und Zukunft der Menschheit auseinander. Im Ergebnis treten sie für die Veränderung des Wirtschaftssystems ein und befürworten Sozialismus, weil dieser in der Lage sei, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln und deren Ergebnisse im Interesse der Natur und Menschen einzusetzen (Woods und Grant 2002).

„Anders leben, überleben – die Grenzen des Wachstums als Chance zur Befreiung nutzen“ titelte der Theologe Hans-Eckhard Bahr sein Werk im Anschluss an den Bericht des Club of Rome (Bahr 1979).

¹⁸ Quelle: <https://copilot.microsoft.com/shares/fmWyFKXarBu13Cdd9bn1J> ; abgerufen am 26.10.2025

“Vorne mit dabei ist Robert Jungk auch, als sich der Widerstand gegen die geplante Stationierung neuer atomarer »Mittelstreckenraketen« in ganz Westeuropa zur breiten Massenbewegung formiert. Er setzt große Hoffnungen in diese »Überlebensbewegung«, die sich in den Demonstrationen Hunderttausender in vielen europäischen Städten ebenso manifestiert wie in den gewaltfreien Blockadeaktionen an den Stationierungsorten wie Mutlangen, Greenham Common oder Comiso. »Menschenbeben« lautet der Titel jenes Buches, in dem Jungk sehr ergreifend diesen Widerstand als Beteiligter und engagierter Beobachter dokumentiert. In der Einleitung zu »Menschenbeben« weist Jungk auf das allmähliche Wanken der alten Festungen der Militärtechnokratien hin und hofft insbesondere auf die Abspringer, Umkehrer und Umdenker.”

(Jungk 1984).

Gibt es eine Macht der Gemeinschaft? „Alle können Führer sein“, waren Hausers überzeugt (Hauser und Hauser 1971, 55f.). Precht und Welzer zeigen Wege auf: Erkenne Dich selbst (Precht 2017), sei Du selbst (Precht 2018b) und Selbst denken (Welzer 2017).

Meiner Kenntnis und Erfahrung nach lösen Verunsicherungen, Existenzängste, Betroffenheit und Neugier Engagement bei Menschen aus. Also hier Motivationen aus Kriegs- und Überlebensangst, erlebten Ungerechtigkeiten und falschen Glücksversprechen (z. B. Warenglück) sowie Überdruß am Überfluß (Loske und Vogel 2017), um nur einiges zu nennen. Vor diesem Hintergrund entstanden auch die sozialen Bewegungen im Gefolge der 68er Jahre, die gesellschaftsverändernd und demokratiefördernd wirkten (Gilcher-Holtey 2017). Aktuell macht die Fridays for Future-Bewegung um Greta Thunberg Hoffnung (Rucht und Sommer 2019). Die Macht der Gemeinschaft ist ein bedeutender Faktor in vielen Bereichen des Lebens. Gemeinschaften können durch kollektives Handeln und Zusammenarbeit große Veränderungen bewirken. Gemeinschaften können soziale Bewegungen initiieren, die politische und gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben. Beispiele sind die Bürgerrechtsbewegung in den USA oder die Fridays for Future-Bewegung.

Gemeinschaften können Projekte ins Leben rufen, die dem Gemeinwohl dienen, wie z.B. Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftshilfen oder lokale Initiativen zur Förderung von Nachhaltigkeit. Durch gemeinsames Engagement und Lobbyarbeit können Gemeinschaften politischen Einfluss ausüben und Gesetzesänderungen bewirken.

Gemeinschaften bieten ihren Mitgliedern Unterstützung und Solidarität, sei es in Form von emotionaler Unterstützung, finanzieller Hilfe oder praktischer Unterstützung im Alltag. Die Macht der Gemeinschaft zeigt sich auch in der digitalen Welt, wo Online-Communities und soziale Netzwerke eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen und der Mobilisierung von Menschen spielen. (MSN Copilot, abgerufen 16.01.2025)

“Kurz: Dafür, dass die Klimapolitik in Deutschland, Europa und weiten Teilen der Welt diesmal einen Weg einschlägt, der wirklich der Zukunft zugewandt ist, sind die Ausgangsbedingungen durch den gesellschaftlichen Wertewandel wahrscheinlich so gut wie noch nie während der letzten dreißig Jahre. Ob das allerdings tatsächlich geschieht, hängt nicht zuletzt von der Frage ab, ob die politisch Verantwortlichen den großen Wurf wirklich wagen und dafür auch etwas riskieren. „Business as Usual“ ist keine Option mehr. Oder, um es in den Worten von „Fridays for Future“ zu sagen: „There is no Planet B“

(Loske 2019).

Fazit

Die Ausführungen und Fragen zeigen das fortgesetzte lebensbedrohliche und anarchische Wirken mächtiger Wirtschaftsunternehmen und Politiker und die daraus resultierenden Folgeproblematiken auf. Die menschengemachten weltweiten Naturzerstörungen und Kriege haben das ökologische Gleichgewicht gestört und stellen eine existenzielle Bedrohung von Natur und Menschheit dar.

Die gewachsene Unübersichtlichkeit und Problemkomplexität stellen außerordentliche Anforderungen an herrschende Politiker, Ökonomen und Gesellschaften. Es werden Führungspersönlichkeiten und Organisationen gebraucht, die sich ihrer außerordentlich großen Verantwortung und den Herausforderungen tatsächlich stellen. Die sich den SGDs verpflichtet fühlen, den Lobbyismus einhegen und nicht korrupt sind. Die sich für eine lebenswerte Zukunft im Einklang mit der Natur und für die nachwachsenden Generationen einsetzen.

Durch weltweite Vernetzungen und Kooperationen könnte die „Karawane der Blinden“ gestoppt, Gegenmacht entwickelt und Solidarität gelebt werden, die Hoffnung auf ein zukünftiges Überleben vermittelt.

Empfehlungen

Alle (Mit-)Verantwortung tragende gesellschaftlichen und politischen Akteure in den Politikfeldern sind aufgerufen, sich einzubringen und zu engagieren. Organisieren Sie sich in Überlebensprojekten, wirken Sie in Zukunftswerkstätten mit (Stange 2000) und bringen Sie sich in die Politik ein. Für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für Klima-, Umwelt- und Artenschutz, für neue Wirtschafts- und Unternehmensformen mit humanen Arbeits- und Lebensbedingungen und für Lebensstiländerungen.

Es ist überfällig, gemeinsam Überlebenspolitik in den einzelnen Politikfeldern mitzugestalten.

Es ist genau 12 Uhr und es ist allerhöchste Zeit, dass sich jetzt die Menschen gegen die Umweltzerstörer und Autokraten erheben, die Probleme verursachenden Akteure in ihrem zerstörerischen Tun entlarven und abwählen bzw. absetzen.

Ich schließe mit Loske, der „die richtige Mischung aus Denken und Handeln, aus Studierstube und Feld, aus Analyse und Aktion“ empfiehlt. „Vielleicht ist es ja noch nicht zu spät.“ (Loske 2015, S. 258).

Literaturverzeichnis

- Bahr, Hans-Eckehard (1979): Anders leben, überleben. [die Grenzen des Wachstums als Chance zur Befreiung]. Orig.-Ausg., 21. - 27. Tsd (Fischer-Taschenbücher).
- Bundesregierung (Hg.) (2021): Bericht über die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Freiwilliger Staatenbericht Deutschlands zum Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung 2021. Online verfügbar unter <https://www.bmz.de/resource/blob/86824/staatenbericht-deutschlands-zum-hlpf-2021.pdf>, zuletzt geprüft am 11.01.2025.
- Degenhart, Christoph (2014): Konvergente Medien zwischen Europäischer Union, Bund und Ländern. Herausforderungen für Medienrecht und Medienpolitik. Leipzig: Vistas (Schriftenreihe der SLM, Bd. 27).
- Emmer, Martin; Strippel, Christian (Hg.) (2015): Kommunikationspolitik für die digitale Gesellschaft. Berlin (Digital Communication Research, Bd. 1).
- Empoli, Giuliano (2025): Die Stunde der Raubtiere. Macht und Gewalt der neuen Fürsten. Originalausgabe. München: C.H. Beck (C.H. Beck Paperback, 6595).
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2017): Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA. Originalausgabe, 5. Auflage. München: Verlag C.H.Beck (C.H. Beck Wissen, 2183).
- Greve, Holger (2012): Access-Blocking: Grenzen staatlicher Gefahrenabwehr im Internet. Zugl.: Berlin, Univ., Diss., 2011. Berlin: Duncker & Humblot (Beiträge zum Informationsrecht, 30). Online verfügbar unter <https://elibrary.duncker-humblot.com/9783428537624>.
- Gruhl, Herbert (1990): Überleben ist alles. Erinnerungen. Vom Autor durchges. u. korrigierte Ausg. Frankfurt/M, Berlin: Ullstein (Ullstein, Nr. 34662 : Ullstein-Sachbuch).
- Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (2018): Totalitarismus und Demokratie. In: *Totalitarismus und Demokratie* 15. Jahrgang (2). Online verfügbar unter <https://hait.tu-dresden.de/ext/publikationen/zeitschrift-totalitarismus-demokratie.asp>.
- Hauser, Richard; Hauser, Hephzibah (1971): Die kommende Gesellschaft. Handbuch für soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. 1. Aufl. München: Pfeiffer.
- John, Kristen; Krissek, Lawrence (Hg.) (2025): Climate change. A geoscience perspective. Cham: Springer.

- Jungk, Robert (1984): Menschenbeben. D. Aufstand gegen d. Unerträgliche; e. Bericht. aktualisierte Taschenbuchausg. München: Dt. Taschenbuch Verl.
- Loske, Reinhard (2015): Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch (Fischer Taschenbuch Forum für Verantwortung, 03221).
- Loske, Reinhard (2019): Klimapolitik: Diesmal wirklich am Scheideweg? Ein Blick zurück nach vorn.
- Loske, Reinhard; Vogel, Tobias (2017): Überdruß am Überfluß. Wohlstand ohne Wachstum. In: Zukunftsfähiges Deutschland : wann, wenn nicht jetzt? München: oekom verlag, S. 55–60.
- Machill, Marcel (Hg.) (2005): Suchmaschinen: neue Herausforderungen für die Medienpolitik. Berlin: Vistas (Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Bd. 50).
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Milling, Peter; Heck, Hans-Dieter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst (dva informativ, 1). Online verfügbar unter http://www.gbv.de/dms/faz-rez/720717_FAZ_0015_15_0002.pdf.
- Meadows, Donella H.; Randers, Jørgen; Meadows, Dennis L. (2016): Grenzen des Wachstums - das 30-Jahre-Update. Signal zum Kurswechsel. Unter Mitarbeit von Ernst Ulrich von Weizsäcker. 5. Auflage. Stuttgart: S. Hirzel Verlag.
- Oberender, Peter (Hg.) (2022): Herausforderung Medien: zwischen Freiheit und Zwang. Unter Mitarbeit von Werner Hippe, Reinhard Klimmt, Dietrich Ratzke, Wolf-Dieter Ring, Norbert Schneider und Peter Voß. 1. Auflage. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., 252).
- Precht, Richard David (2017): Erkenne dich selbst. Unter Mitarbeit von Bodo Primus. Vollständige Lesung. München: Der Hörverlag (Eine Geschichte der Philosophie, 2).
- Precht, Richard David (2018a): Betreutes Leben - Wie uns Google, Facebook & Co. beherrschen. Weitere Beteiligte: Udo Di Fabio. 1 DVD-Video (45 min). Mainz: 3sat.
- Precht, Richard David (2018b): Sei du selbst. München: Goldmann Verlag (HC) (Geschichte der Philosophie, / Richard David Precht ; Bd. 3).

- Prinzing, Marlis; Seethaler, Josef; Eisenegger, Mark; Ettinger, Patrik (Hg.) (2024):
Regulierung, Governance und Medienethik in der digitalen Gesellschaft. 1st ed. 2024.
Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS (Mediensymposium).
- Rucht, Dieter; Sommer, Moritz (2019): Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg,
medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung: Zwischenbilanz eines Höhenflugs.
- Sachs-Hombach, Klaus; Zywietz, Bernd (Hg.) (2018): Fake News, Hashtags & Social Bots.
Neue Methoden populistischer Propaganda. Wiesbaden: Springer VS (Aktivismus- und
Propagandaforschung).
- Sandel, Michael J. (2023): Das Unbehagen in der Demokratie. Was die ungezügelten Märkte
aus unserer Gesellschaft gemacht haben : eine Neuauflage für unsere gefährlichen
Zeiten. Vollständig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe. Frankfurt am Main: S.
Fischer.
- Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (2014): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. 3., aktualisierte
und überarb. Aufl. (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).
- Stange, Waldemar (2000): Zukunftswerkstätten für Kinder und Jugendliche im Rahmen der
Demokratiekampagne. In: *Pro Jugend : Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz ; Ausgabe
Bayern* (1), S. 28–29. Online verfügbar unter
[http://fox.leuphana.de/portal/de/publications/zukunftswerkstatt-fur-kinder-und-jugendliche-im-rahmen-der-demokratiekampagne\(f8b9a1d8-86b3-4a7f-a461-8116cdd8c54b\).html](http://fox.leuphana.de/portal/de/publications/zukunftswerkstatt-fur-kinder-und-jugendliche-im-rahmen-der-demokratiekampagne(f8b9a1d8-86b3-4a7f-a461-8116cdd8c54b).html).
- Welzer, Harald (2017): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. 8. Auflage:
September 2017. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch (Fischer, 19573).
- Woods, Alan; Grant, Ted (Hg.) (2002): Aufstand der Vernunft. Marxistische Philosophie und
moderne Wissenschaft. Wien: Promedia (Edition Forschung).